



G20 GERMANY 2017
YOUTH 20 DIALOGUE

Positionspapier

der Teilnehmenden beim Y20-Gipfel 2017

Berlin, 7. Juni 2017

Präambel

Wir, die Delegierten beim Y20-Jugendgipfel, trafen vom 2.–8. Juni 2017 in Berlin, Deutschland, zusammen.

Wir repräsentieren Nationen und Organisationen aus aller Welt, einschließlich der Mitglieder der G20: Argentinien, Australien, Brasilien, Kanada, China, Frankreich, Deutschland, Indien, Indonesien, Italien, Japan, Republik Korea, Mexiko, Russland, Saudi-Arabien, Südafrika, Türkei, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten von Amerika und die Europäische Union sowie der Gastländer Niederlande, Norwegen, Singapur und Spanien und Vertreter der Afrikanischen Union, der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsgemeinschaft (APEC), der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO), der Neuen Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas (NEPAD), der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), der Welthandelsorganisation (WTO), der Major Group for Children and Youth der Vereinten Nationen (UN MGCY) sowie die United Nations Inter-Agency Network on Youth Development's Working Group on Youth & Gender Equality.

Wir wurden im Rahmen der deutschen G20-Präsidentschaft eingeladen, wichtige Herausforderungen zu diskutieren, mit denen junge Menschen heute konfrontiert sind, und für den bevorstehenden G20-Gipfel Lösungsansätze und Empfehlungen aus der Perspektive Jugendlicher zu entwickeln. Wir heißen diese Möglichkeit, unseren Beitrag zur G20-Debatte zu leisten, willkommen.

Unser Ansatz für den Y20-Gipfel war daher nicht nur Ausdruck unserer verschiedenen Nationalitäten, sondern spiegelte auch unsere vielfältigen beruflichen, akademischen und kulturellen Hintergründe wider. Wir würdigen die Vielfalt der Jugendlichen in aller Welt und die Notwendigkeit, dass ihre Perspektiven nicht nur gehört werden, sondern auch in politische Prozesse einfließen.

Unsere Diskussionen haben sich auf 11 der 15 Themenbereiche auf der Agenda der G20 konzentriert. Wir sind jedoch der Überzeugung, dass alle Themen der G20-Agenda für die Wachstumsförderung gleichermaßen wichtig sind und angesprochen werden sollten. Dieses Positionspapier stellt unsere vorgeschlagenen Maßnahmen und politischen Empfehlungen an die G20 dar.

Wir halten in diesem Dokument außerdem das wachsende Misstrauen fest, das junge Menschen in aller Welt politischen Institutionen zunehmend entgegenbringen. In Anbetracht dieser Erkenntnis müssen wir die Bedeutung einer integrativen und transparenten globalen Governance betonen und fordern die G20 auf, diesbezüglich höchste Ansprüche zu bewahren. Wir ermutigen die G20 weiter, für unsere gemeinsamen Herausforderungen kreative Lösungsansätze zu entwickeln und übernehmen, von denen dieses Dokument einige skizziert.

Die Partizipation junger Menschen ist ein Menschenrecht, und die G20 sollte sich an führender Stelle dafür einsetzen, dass junge Menschen ihr Partizipationsrecht ausüben können. Die G20 muss die aktive Einbindung von Jugendlichen, Jugendausschüssen und Jugendorganisationen fördern und Entscheidungen im Rahmen offener, partizipativer Strukturen fällen. Wir bestärken die G20 darin, den Multi-Stakeholder-Ansatz ihrer Überlegungen weiter zu stärken.

Wir schätzen daher die Bemühungen der deutschen G20-Präsidentschaft für die Organisation und Finanzierung dieses Gipfels, der jungen Menschen eine sinnvolle Teilnahme am G20-Prozess ermöglicht, sehr. Wir ermutigen die argentinische G20-Präsidentschaft 2018, diesen Jugenddialog während ihres Vorsitzes weiter auszubauen, um eine strukturierte Zusammenarbeit mit dem G20-Prozess weiterzuführen.

Junge Menschen brauchen Möglichkeiten und Chancen für Leben, Wohlstand und Erfolg. Unsere anhaltenden Bemühungen können mit der Unterstützung der G20 sicherstellen, dass wir gemeinsam für unsere Generation sowie für alle kommenden Generationen eine bessere Zukunft schaffen.

Die Jugend der Y20 ist insbesondere mit weit verbreiteten, tief wurzelnden Herausforderungen konfrontiert, nämlich mangelnden wirtschaftlichen Chancen für Jugendliche und mangelnder Beteiligung Jugendlicher an der Weltwirtschaft. Für 2017 wird erwartet, dass die globale Jugendarbeitslosigkeit auf 13,1 Prozent steigt.¹ Noch alarmierender ist, dass 25 Prozent der Jugendlichen in Staaten mit mittlerem Einkommen und 15 Prozent der Jugendlichen in Staaten mit hohem Einkommen so genannte „NEETs“ sind, d. h. Jugendliche, die weder eine schulische oder berufliche Ausbildung absolvieren, noch einer Arbeit nachgehen („Not in Education, Employment or Training“).²

¹ IAO, 2017.

² OECD, 2017.

Der Stand der Weltwirtschaft

Herausforderungen und Chancen aus der Jugendperspektive

Die Weltwirtschaft befindet sich an einem Scheideweg. Wenn sich Führungspersönlichkeiten der G20 versammeln, um Strategien für die globale wirtschaftliche Belastbarkeit zu entwerfen, müssen wir globale wirtschaftliche Herausforderungen berücksichtigen, mit denen Jugendliche konfrontiert sind. Jugendliche machen etwa ein Viertel der Weltbevölkerung aus, und 85 Prozent aller Jugendlichen leben in Entwicklungsländern. Es stellen sich zwar in den einzelnen Ländern unterschiedliche Herausforderungen, aber wir alle leben im Schatten einer globalen Wirtschaftskrise. Mangelnde wirtschaftliche Chancen für Jugendliche und mangelnde Beteiligung Jugendlicher an der Weltwirtschaft tragen heute zu den größten Herausforderungen für Sicherheit und Entwicklung bei.

Für 2017 wird erwartet, dass die globale Jugendarbeitslosigkeit auf 13,1 Prozent steigt. Noch alarmierender ist, dass fast ein Viertel der Jugendlichen weltweit so genannte „NEETs“ sind, d. h. Jugendliche, die weder eine schulische oder berufliche Ausbildung absolvieren, noch einer Arbeit nachgehen. Die wirtschaftlichen Verluste, die durch Unterbeschäftigung, Ungleichheit oder Marginalisierung demotivierter Jugendlicher entstehen, sind signifikant. Ein Versäumnis, jungen Menschen Chancen zu bieten, dämpft nicht nur das aktuelle Wirtschaftswachstum, sondern bedeutet auch eine Bedrohung der künftigen Weltwirtschaft.

Während Bildung den Schlüssel zu produktiveren, wohlhabenderen Volkswirtschaften darstellt, bleibt eine integrative, hochwertige Bildung für Jugendliche eine Herausforderung. Auch Wohnungen sind teurer geworden, insbesondere in den global vernetzten Megastädten, in denen die besten Arbeitsplätze zu finden sind.

Die Entscheidungen der Regierungsvertreter und Entscheidungsträger auf dem G20-Gipfel werden für Generationen Jugendlicher in aller Welt weitreichende Folgen haben. Die Erarbeitung von Strategien zur Erschließung des unglaublichen Potenzials und der Dynamik junger Menschen zur Förderung globalen, nachhaltigen Wirtschaftswachstums ist daher unerlässlich.

Die Jugend des Y20-Gipfels fordert die Mitglieder der G20 zu Folgendem auf:

1. Stärkung der globalen Wirtschaftspolitik:

- Einsatz für sorgfältig geplante, transparente, gut organisierte globale Wirtschaftspolitiken und Partnerschaften, um starkes, nachhaltiges, ausgeglichenes und integratives Wachstum zu erzielen;

- parallele Nutzung von Geld- und Finanzpolitiken zur Unterstützung der wirtschaftlichen Aktivität und Gewährleistung stabiler Preise;
- effektive Nutzung der Finanzpolitik, einschließlich gerechter Besteuerung, verantwortungsbewusster öffentlicher Ausgaben und hochwertiger Investitionen;
- Bestätigung globaler Wechselkursverpflichtungen zur Vermeidung starker, wiederholter Abwertungen

2. Gewährleistung wirtschaftlicher Stabilität:

- Wachsamkeit der Mitgliedstaaten hinsichtlich sich abzeichnender Wirtschaftskrisen und steigender Staatsverschuldung in aller Welt;
- Bekräftigung der Notwendigkeit stärkerer und stringenterer Regulierung über verschiedene, für konjunkturelle Widrigkeiten anfällige Sektoren hinweg;
- Betonung der Bedeutung wirtschaftlicher Diversifizierung für alle Länder, einschließlich Entwicklungsländer und ressourcenabhängiger Länder

3. Unterstützung der Sharing Economy:

- Einladung wichtiger Stakeholder zur Erhebung von Daten über Konsum- und Wegwerfverhalten, um eine solide Basis zu schaffen, von der aus Unternehmen effektive Sharing-Modelle entwickeln können;
- Klärung politischer Ansätze für die unmittelbare Handhabung spezifischer Aspekte der Sharing Economy, einschließlich Besteuerung, Versicherung, Lizenzierung, sozialer Rechte und Datenschutz;
- Förderung neuer Formen von Peer-to-Peer-Darlehen und Finanzierungsplattformen zur Unterstützung von Jungunternehmern/-unternehmerinnen

4. Förderung des globalen Wachstums von Kleinst-, Klein- und mittelgroßen Unternehmen:

- Schaffung eines unternehmerischen Ökosystems zur Förderung einer florierenden unternehmerischen Kultur, die wiederum Innovation und Beschäftigung vorantreibt;
- Förderung eines Pakets koordinierter politischer Instrumente und Ressourcen zur Befähigung von Jugendlichen im Umfeld von Kleinst-, Klein- und mittelgroßen Unternehmen mit z. B. Mikrofinanzierung, Informationsdiensten, öffentlichen Beratungsdiensten und Risikobewertungsdiensten;
- Errichtung und Ausbau einer speziell auf Kleinst-, Klein- und mittelgroße Unternehmen in aller Welt zugeschnittenen Datenbank über den Transfer nachhaltiger Technologien

5. Unterstützung wirtschaftlicher Gleichheit:

- Errichtung eines fairen Systems für die Umverteilung von Wohlstand, um jungen Menschen bessere Chancen zu geben;
- Verbesserung der grundlegenden Infrastrukturen in Entwicklungsländern anhand von langfristigen Partnerschaftsprojekten und alternativen Formen der Unterstützung

Jugendliche sind am gesellschaftlichen Wandel maßgeblich beteiligt. Ihre innovativen Ideen und ihre Energie können als treibende Kraft für sozialen und wirtschaftlichen Wandel wirken. Jugendliche verstehen die wichtigsten Fragen, mit denen sie konfrontiert sind, selbst am besten. Es muss allerdings ein Rahmen geschaffen werden, um Jugendliche in die Gestaltung der Politik mit einzubeziehen. Politische Entscheidungsträger müssen außerdem globale Plattformen und Jugendorganisationen nutzen, um junge Führungspersonlichkeiten enger in Regierungen einzubinden. Wenn junge Menschen Katalysatoren des Wandels und des Wirtschaftswachstums werden sollen, müssen Regierungen und politische Entscheidungsträger als Katalysatoren der Integration junger Menschen in politische Gestaltungsmöglichkeiten agieren.

Globaler Handel

Umdenken im Handel des 21. Jahrhunderts

In Anbetracht zunehmender protektionistischer Tendenzen bei manchen Mitgliedern der G20 und angesichts unseres digitalen Zeitalters erkennt der Y20-Gipfel die vielfältigen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts an, die das derzeitige Gefüge des globalen Handels unter enormen Druck setzen. Es macht sich zunehmend Skeptizismus gegenüber dem Freihandel breit, da Handel ungleiche Auswirkungen zeigt, Ressourcen nicht angemessen umverteilt werden und Kompetenzen im Handel fehlen. Daher wird dringend aufgerufen, die vorhandene Evidenz zu prüfen und den globalen Handel auf dieser Basis zu überdenken, um ihn im 21. Jahrhundert integrativer und reaktionsfähiger zu gestalten.

1. Integrativer Handel

Wir betonen nochmals, dass integrativer Handel auf einem regelbasierten Handelssystem beruhen muss. Ein solches System ist für Prognosen, vorausschauende Planung und Kooperation entscheidend. Die G20 sollten als Mitglieder der Welthandelsorganisation Unilateralität ablehnen und innerhalb des WTO-Rahmens agieren, der für alle Länder chancengleiche Ausgangsbedingungen gewährleistet. Ein für alle besser funktionierendes Handelssystem ließe sich zudem verwirklichen, wenn die ökologischen und sozialen Folgen des Handels berücksichtigt würden. Kleinst-, Klein- und mittelgroße Unternehmen müssen außerdem befähigt werden, Jugendliche und Frauen in den globalen Handel zu integrieren. Zu diesem Zweck empfehlen wir den Mitgliedern der G20 Folgendes:

- **Gewährleistung höchsten Respekts für internationale Normen durch alle Handeltreibenden entlang der gesamten globalen Wertschöpfungskette durch die verpflichtende Offenlegung ihrer Arbeits- und Umweltindikatoren** auf öffentlichen Webseiten, um so die Einhaltung internationaler Normen³ und Rechenschaftspflichten zu fördern;

³ In Übereinstimmung mit den OECD-Leitsätzen für multinationale Unternehmen und unter Berücksichtigung der IAO-Konvention zu den schlimmsten Formen der Kinderarbeit, der IAO-Konvention zur Zwangsarbeit mit ihrem ergänzenden Protokoll sowie der Trilateralen Grundsatzklärung über multinationale Unternehmen und Sozialpolitik sowie der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen.

- **Förderung der Vorteile des Handels für alle, insbesondere durch:**
 - weitere Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen, um Best Practices für Programme zur Anpassung des Handels zu vereinbaren und Sicherheitsnetze für Globalisierungsverlierer zu schaffen;
 - die mögliche Einleitung von Gesprächen über die Erarbeitung eines Abkommens zur Korruptionsbekämpfung im Rahmen der WTO, um über die gesamten globalen Wertschöpfungsketten hinweg Integrität zu gewährleisten, und
 - die Befähigung von Gemeinschaften im internationalen Handel, insbesondere von Jugendlichen und Frauen, durch Infrastrukturfinanzierung und den Aufbau von Humankapazitäten anhand von schulischer und beruflicher Bildung
- **Verpflichtung zu Arbeitsmarktreformen**, um Beschäftigten größere Flexibilität für Auslandstätigkeiten zu geben und die Inklusion jugendlicher, weiblicher und älterer Beschäftigter zu fördern
- **Abbau unnötiger Handelskosten, die für Kleinst-, Klein- und mittelgroße Unternehmen besonders große Belastungen darstellen**, insbesondere durch:
 - die Schaffung einfachen Zugangs zu Informationen über vorhandene Regelungen anhand einer zentralen Onlineplattform⁴;
 - internationale Zusammenarbeit bei regulatorischen Abläufen, wo gemeinsame politische Herausforderungen bestehen;
 - die Klärung des auf e-Commerce anwendbaren Rechts, insbesondere für grenzüberschreitende Märkte, und
 - die Entwicklung fokussierter Schulungsprogramme über das Handelserleichterungsabkommen für Kleinst-, Klein- und mittelgroße Unternehmen, um bürokratische Abläufe an den Grenzen abzubauen und den Zugang zu Exporten zu vereinfachen

2. Verbesserung der Handelskompetenz

Wir sind mit einer schwierigen Frage konfrontiert: Wie informieren wir Menschen über die Vorteile und Herausforderungen des internationalen Handels, wenn solche Gespräche technisches Fachwissen erfordern? Der Y20-Gipfel bekräftigt, wie wichtig es ist, dass junge Menschen fundierte Meinungen zum Handel haben, um zu dieser Diskussion beitragen zu können. Wir empfehlen den Mitgliedern der G20 daher, die Handelskompetenz durch die folgenden Maßnahmen zu verbessern:

⁴ Dies könnte die vorhandene Plattform für Mitteilungen über Maßnahmenentwürfe der WTO, des ITC und des UNODC unterstützen: <http://www.epingalert.org>

- **vereinfachte Information:** Verbreitung vorhandener, von internationalen Organisationen erarbeiteter Studien zu Handelsvorschriften anhand eines bürgernäheren Ansatzes, der Infografiken, Videos und verschiedene Präsentationen in Landessprachen beinhaltet.
- **integrative, aktive Kommunikation:** öffentliche Kampagnen in sozialen und anderen Medien, um ein Publikum außerhalb fachkundiger Handeltreibender und Geschäftsleute zu erreichen. Handel kann zudem in schulischen Lehrplänen als Thema verankert werden, damit Lernende schon im frühen Alter ein grundlegendes Verständnis des internationalen Handels gewinnen. Schulungsprogramme für Unternehmen, insbesondere Kleinst-, Klein- und mittelgroße Unternehmen, können gefördert werden, um das Wissen über die Integration mit globalen Wertschöpfungsketten zu verbessern.

3. Transparente Handelsgespräche

Im Zusammenhang mit Handelsgesprächen wird weithin größere Transparenz gefordert. Wir empfehlen den Mitgliedern der G20, sich gemäß OECD-Empfehlungen⁵ in ihren jeweiligen Ländern während aller Verhandlungsphasen von Handelsvereinbarungen zur Umsetzung guter regulatorischer Praxis zu verpflichten. Hierzu zählen:

- **unabhängige Beurteilungen der regulatorischen Auswirkungen** des Inhalts und Umfangs von Handelsvereinbarungen vor der Aufnahme solcher Gespräche;
- **integrativer Charakter von Handelsgesprächen** anhand regelmäßiger Konsultationen mit Stakeholdern
- **Transparenz von Handelsverhandlungen:** umfassende Sicherstellung des einfachen Zugangs zu laufenden Handelsverhandlungen durch Bürger/-innen und Stakeholder in aller Welt anhand einer offenen Onlineplattform wie dem WTO-Informationssystem über regionale Handelsvereinbarungen.

⁵ OECD-Empfehlungen zur Regulierungspolitik und Governance:
<http://www.oecd.org/governance/regulatory-policy/49990817.pdf>

Beschäftigung

Die Zukunft der Arbeit

Faktoren wie Technologie, Digitalisierung und Globalisierung verändern die Arbeitswelt. Wir sehen diese Entwicklungen als Chancen, doch sie bringen auch Herausforderungen für junge Menschen mit sich. Sie führen zu einem Missverhältnis zwischen Qualifikationsangebot und Nachfrage, zu unsicheren Beschäftigungsmöglichkeiten sowie dem Risiko einer Schwächung der Arbeitnehmervertretung im sozialen Dialog. Wir erkennen, dass die Arbeitsmärkte einen schnellen Wandel durchlaufen und sind überzeugt, dass die gegenwärtigen Formen des sozialen Dialogs und des Sozialschutzes angepasst werden müssen.

Über 70 Millionen junge Menschen zwischen 15 und 24 Jahren sind arbeitslos. Die weltweite Jugendarbeitslosigkeit ist dreimal so hoch wie bei den Erwachsenen – in manchen Ländern beträgt sie bis zu 50 Prozent. Wie die Globale Initiative für menschenwürdige Arbeit für Jugendliche zeigt, stellt die Arbeitsplatzqualität nach wie vor eine große Herausforderung dar. Viele junge Arbeitnehmer/-innen leben in Armut, sind unterbeschäftigt oder befinden sich in einem informellen Beschäftigungsverhältnis.

Wir betonen die Rolle der Jugendorganisationen bei der Schaffung und Durchführung von Programmen zur Steigerung der Beschäftigungsfähigkeit für Jugendliche. Sie sind am besten in der Lage, gefährdete und ausgegrenzte Jugendliche zu erreichen. Die Unterstützung und Förderung von Jugendorganisationen halten wir für eine zwingende Notwendigkeit.

Neue Kompetenzen für die Arbeit der Zukunft

Der sich wandelnde Arbeitsmarkt verlangt eine Reihe neuer Kompetenzen. Die Nachfrage nach sozialen und kreativen Fähigkeiten steigt, da diese Kompetenzen nur schwer durch neue Technologien ersetzt werden können. Die Globalisierung und Digitalisierung ermöglichen vielfältige Bildungswege, dazu gehören auch die non-formale Bildung und das informelle Lernen. Wir erkennen außerdem die Bedeutung von Arbeitsmigranten/-innen für das Wirtschaftswachstum an. Daher fordern wir als Y20:

- die Einführung nationaler Systeme zur Anerkennung von Kompetenzen, die außerhalb der formalen Bildung und Ausbildung erworben werden, zum Beispiel durch die Beteiligung an Jugendorganisationen und Freiwilligentätigkeit;
- einen vernetzten nationalen und internationalen Qualifikationsrahmen für die grenzüberschreitende Anerkennung von Qualifikationen;
- die Förderung lebenslangen Lernens, um den Menschen qualitativ hochwertige Beschäftigung und langfristige Karrierechancen zu ermöglichen;

- einen holistischen Bildungsansatz mit Konzentration auf die Kernkompetenzen;
- individuelle Berufsberatung für junge Menschen im sekundären und tertiären Bildungsbereich sowie durch die öffentlichen Arbeitsämter und -vermittlungsstellen;
- den Schutz der Arbeitnehmerrechte von Arbeitsmigranten/-innen.

Qualitativ hochwertiges Lernen am Arbeitsplatz

Wir erkennen die Arbeit der G20-Gruppe für Arbeit und Beschäftigung an, insbesondere die Initiative zur Förderung qualitativ hochwertiger Ausbildung. Wir fordern die Entwicklung, Harmonisierung und Umsetzung qualitativ hochwertiger und geeigneter Ausbildungsprogramme. Darüber hinaus sind wir davon überzeugt, dass die Qualität von Berufsbildung, Praktika und Ausbildung eine Schlüsselrolle beim Übergang von der Lern- in die Arbeitswelt spielt. Leider führt die gesellschaftliche Stigmatisierung von Berufsbildung und Ausbildung zu einer geringen Nachfrage dieser Bildungswege. Daher fordern wir als Y20:

- eine aktive öffentlich-private Zusammenarbeit sowie die Einbeziehung von Arbeitgeber-, Arbeitnehmer- und Lernendenvertretungen bei der Lehrplanentwicklung von Berufsbildungsprogrammen;
- die Einhaltung der unter der chinesischen G20-Präsidentschaft getroffenen Zusagen für die Steigerung der Qualität, Quantität, Attraktivität und Diversität der Ausbildung;
- eine Aktualisierung und Anpassung der G20-Ausbildungsstrategie unter Berücksichtigung der Zukunft der Arbeit;
- die Abschaffung unbezahlter Praktika sowie die Förderung qualitativ hochwertiger Praktika auf der Grundlage der Europäischen Qualitätscharta für Praktika und Lehrlingsausbildungen.

Die Zukunft des sozialen Dialogs und neue Formen der Arbeit

Viele Arbeitnehmer/-innen werden im sozialen Dialog nicht gehört. Neue Formen der Arbeit, die durch die digitale Revolution entstanden sind, wie etwa ortsungebundenes Arbeiten, Crowdfunding oder Plattformarbeit, stellen eine Herausforderung für die Zukunft des sozialen Dialogs dar. Traditionell vertreten Gewerkschaften ausschließlich Arbeitnehmer/-innen mit Standardverträgen und in herkömmlichen Branchen. Auch wenn sie gegenwärtig nur einen kleinen Teil der Gesamtbeschäftigung betreffen, so wird erwartet, dass diese neuen Formen der Arbeit in naher Zukunft exponentiell ansteigen werden.⁶ Daher fordern wir als Y20:

- verstärkte Bemühungen, Beschäftigte mit nicht standardmäßigen Verträgen, Selbstständige sowie Auszubildendenvertreter in den sozialen Dialog einzubeziehen;

⁶ Internationale Arbeitsorganisation (ILO), 2016.

- die Förderung neuer Formen des sozialen Dialogs, die eine umfassendere Vertretung der Arbeitnehmer/-innen gewährleisten.

Nicht standardmäßige Formen der Arbeit und Sozialschutz

Wir erkennen die Flexibilität, die nicht standardmäßige Formen der Arbeit bieten, und sind uns der Tatsache bewusst, dass sich die Beiträge der Erwerbstätigen dieser Arten der Arbeit oft nicht in den Sozialsystemen wiederfinden. Solche Erwerbstätige waren bisher nicht in der Lage, Sozialleistungen wie Rente, Arbeitslosengeld, Mutterschutz oder Elterngeld zu beziehen. Daher fordern wir als Y20:

- Beschäftigungs- und Sozialpolitik frei von Diskriminierung, zum Beispiel in Form von Steuervergünstigungen für Unternehmen, die junge Menschen beschäftigen, anstelle eines niedrigeren Mindestlohns für junge Menschen;
- Sozialschutz für alle jungen Erwerbstätigen unabhängig von der Art ihres Vertrags.

Digitalisierung

Herausforderungen und Empfehlungen für eine digitale Zukunft

Wir sind der Ansicht, dass die Digitalisierung aus zwei Gründen besonders wichtig für junge Menschen ist:

- Ein tatsächlich globales und international geregeltes, verlässliches Internet ermöglicht unserer Generation ein nachhaltiges und inklusives Wirtschaftswachstum; und
- wir sind die technisch versierteste Generation bisher mit dem größten Potenzial zur Nutzung wegweisender Technologien.

Wir glauben fest an eine Zukunft einer global vernetzten, nachhaltigen Gesellschaft und fordern die Mitglieder der G20 daher dazu auf, zusammenzuarbeiten und eine funktionstüchtige Internet-Infrastruktur sowie offenen Zugang zu digitaler Konnektivität zu gewährleisten. **Der Y20-Gipfel bestätigt** die in Hangzhou eingegangenen Verpflichtungen zur Connect 2020 Agenda in Bezug auf die Bereitstellung eines digitalen Zugangs für weitere 1,5 Milliarden Menschen bis 2020, doch es muss noch viel mehr getan werden.

Die drei **größten Herausforderungen**, vor denen unsere Generation im digitalen Bereich zurzeit steht, sind:

- **die digitale Kluft**; auch wenn der digitale Zugang in den letzten 20 Jahren von 4 Prozent auf 40 Prozent der Weltbevölkerung gestiegen ist, verfügen in aufstrebenden Volkswirtschaften nur circa 12 Prozent der Menschen über einen Breitbandanschluss.⁷ Wir müssen uns noch stärker bemühen, diese Kluft, die aufgrund verschiedener Missverhältnisse zwischen entwickelten und sich entwickelnden Ländern nach wie vor besteht, zu schließen;
- **das Fehlen eines international anerkannten Rechtsrahmens** für das Internet, einschließlich Verwaltung und Normen, die das Vorgehen von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren im Cyberspace regeln; und
- **obsoletere Kompetenzen**; laut eines PwC-Berichts⁸ könnten 21-38 Prozent der Arbeitsplätze, insbesondere solche mit niedrigen Qualifikationsanforderungen⁹, bis 2030 durch die Automatisierung verloren gehen und somit die Jugendbeschäftigung kritisch beeinflussen. Junge Menschen werden relevantere Kompetenzen benötigen.

⁷ <https://www.weforum.org/agenda/2015/09/how-can-we-achieve-universal-internet-access/>

⁸ <https://www.pwc.co.uk/economic-services/ukeyo/pwcukeyo-section-4-automation-march-2017-v2.pdf>

⁹ <http://www.measureofamerica.org/youth-disconnection-2015/>

Daher ist eine bessere Politik erforderlich, die es jungen Menschen ermöglicht, sich in einer immer stärker digitalisierten Welt zu entfalten.

Unsere Hauptempfehlungen:

- **Gewährleistung eines universellen digitalen Zugangs**

Wir müssen dafür sorgen, dass alle Nationen, insbesondere Entwicklungsländer, Zugang zur digitalen Infrastruktur haben – die Grundlage für weitere Innovation. Regierungen und Unternehmen müssen zusammenarbeiten, um die digitale Kluft durch mehr Konnektivität, bessere Produktivität und Wachstumsförderung zu verringern.

Als Y20 fordern wir die Mitglieder der G20 auf, öffentlich-private Partnerschaften zu bilden, um die nötige wissenschaftliche Forschung durchzuführen, digitale Rahmenwerke zu schaffen, die einen gleichberechtigten Zugang zum Internet gewährleisten, und die Entwicklung erschwinglicher Technologien zu fördern, die den Anforderungen der Entwicklungsländer entsprechen. Eine angemessene staatliche Regulierung des Sektors ist notwendig, um die Entstehung von Netzmonopolen zu verhindern.

- **Programme zum Erwerb von Kenntnissen und Kompetenzen im digitalen Bereich**

Technologie spielt eine immer wichtigere Rolle in unserem Leben. **Daher benötigen wir eine effektive und relevante digitale Bildung, die theoretische Kenntnisse mit praktischer Erfahrung verbindet.** Gegenwärtige und künftige Generationen können deutlich von Investitionen in die Vermittlung digitaler Kenntnisse und Kompetenzen profitieren, insbesondere im Bereich des lebenslangen Lernens. Daher fordern wir die Mitglieder der G20 auf, dies zu einer Hauptpriorität zu erklären. Wir unterstreichen die Notwendigkeit, Programme für gefährdete und digital weniger versierte Bevölkerungsgruppen, wie junge Frauen, die ländliche Bevölkerung, Menschen mit Behinderungen und Analphabeten/-innen, zu organisieren. Die Aufklärung über die ethischen Dimensionen des digitalen Bereichs, wie etwa die Folgen der Internetnutzung und deren Anonymität, ist eine grundlegende Voraussetzung, um Cyberangriffe und -kriminalität zu verhindern.

Wir schlagen vor, öffentlich-private Partnerschaften mit relevanten Unternehmen einzugehen, um Work-Study-Programme zu organisieren, die digitale Kompetenzen umfassen und es jungen Menschen ermöglichen, neue Technologien unter realen Praxisbedingungen zu verwenden.

- **Schaffung eines international anerkannten Rechtsrahmens für die Verwaltung des Internets**

Wir sind der Ansicht, dass die Verwaltung des Internets ein offener, demokratischer und bürgernaher Prozess sein sollte, der auf international anerkannten Prinzipien des Völkerrechts basiert. Wir sehen eine dringende Notwendigkeit, ein dafür geeignetes Rahmenwerk unter dem Dach der Vereinten Nationen zu schaffen. Die Staaten sollten in gleichem Maße an der Verwaltung des Internets beteiligt sein und von Zensur bzw. Restriktionsmaßnahmen Abstand nehmen. Es ist von essenzieller Bedeutung, eine Verhältnismäßigkeit zwischen dem Schutz grundlegender Persönlichkeitsrechte und nationaler Sicherheit herzustellen. Um die Interaktion zwischen Staaten und Unternehmen der IKT-Branche und deren Rolle zu harmonisieren, bedarf es Regeln und Definitionen.

Wir sollten die Umsetzung der Prinzipien der Netzneutralität auf globaler Ebene anstreben, um eine Unterdrückung der Innovation durch ungerechte Datenregelungen zu vermeiden. Eine unabhängige und entsprechend befugte Stelle, wie die Internationale Fernmeldeunion (ITU), muss für die Umsetzung und Kontrolle dieser Ziele zuständig sein.

- **Stärkung der Cybersicherheit**

Die Bedeutung der Cybersicherheit steigt entsprechend der zunehmenden Anzahl von Personen und Geräten, die mit dem Internet verbunden sind. Für die weitere Zusammenarbeit zwischen Regierungen und nichtstaatlichen Akteuren zum Schutz des Cyberspace ist ein gemeinsames Verständnis über die Netzsicherheit unabdingbar.

Die Staaten sollten relevantes Fachwissen miteinander teilen, um das Internet weiterzuentwickeln, seine Sicherheit zu verbessern und sich bei der Erstellung von Beurteilungen sowie im Bereich Forschung und Entwicklung gegenseitig unterstützen, so dass Entwicklungsländer davon profitieren können. Wir fordern die Mitglieder der G20 dazu auf, einen Mechanismus zu schaffen, mithilfe dessen Regierungen und Unternehmen Informationen zu Cybersicherheit, einschließlich Best Practices, Schwachstellen und Lösungen, untereinander austauschen können.

Sicherheitsstandards für kritische Infrastruktur und das Internet der Dinge sollten weiterentwickelt und durchgesetzt werden, um Angriffe und Botnets beispiellosen Ausmaßes über das Internet der Dinge zu vermeiden. Aufstrebende Technologien wie Blockchains sollten genutzt werden, um die Daten der Bürger/-innen vor den Risiken des Cyberspace zu schützen.

- **Förderung einer elektronischen Verwaltung**

E-Government ist die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien zur Förderung einer wechselseitigen Kommunikation zwischen Regierungen und Bürgern/-innen, bei der die Belange der Bürger/-innen adressiert und konkrete Behördendienste erbracht werden. Die elektronische Verwaltung kann die Teilhabe junger Bürger/-innen erheblich steigern und die Transparenz der behördlichen Strukturen verbessern. Wir befürworten ausdrücklich die Entwicklung von Netzwerken, die Behörden miteinander verbinden und den Informationsfluss verbessern – für mehr Effizienz, Rechenschaft und Transparenz.

Klima als Priorität

Junge Ideen für eine nachhaltige Zukunft

Der Klimawandel ist eine Realität. Es gibt umfassende wissenschaftliche Erkenntnisse, die den vom Menschen verursachten Klimawandel und seine negativen Auswirkungen auf unseren Planeten beweisen. Wir haben jetzt die einzigartige Chance zu handeln. In diesem Teil beschreiben wir die dringlichsten Probleme aus der Perspektive junger Menschen sowie mögliche Lösungen. Auch wenn der Klimawandel eine bedeutende Herausforderung für die Zukunft junger Menschen darstellt, sind wir fähig, kreativ und bereit, diese Herausforderung gezielt anzugehen.

Internationale Klimaschutzabkommen, wie etwa das Übereinkommen von Paris, müssen eingehalten werden und es sollte stärkere Anreize für neue und bestehende Unterzeichner geben. Als Y20 fordern wir die Mitglieder der G20 zu Folgendem aus:

- **Erhöhung der Anzahl relevanter Akteure** indem substaatliche Akteure, wie kommunale und regionale Verwaltungen, Jugendorganisationen und religiöse Einrichtungen, in die Klimaverhandlungen einbezogen werden. So bedeutet die fehlende Unterstützung einer nationalen Regierung nicht automatisch einen vollständigen Rückzug des betroffenen Landes. Ein ganzheitlicheres System zur Umsetzung würde die langfristige Durchführbarkeit solcher Übereinkommen stärken.
- **Rechenschaftspflicht:** Ähnlich der Kontrolle der Unterzeichnerstaaten der UN-Kinderrechtskonvention sollte es eine erweiterte, aktive Überprüfung der Einhaltung von internationalen Klimaschutzabkommen durch die Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen geben.
- **Vermeidung eines Dominoeffekts:** Klimaschutzabkommen funktionieren am besten, wenn sich alle Parteien an die gleichen Spielregeln halten müssen. Die internationale Gemeinschaft sollte hart gegen Staaten vorgehen, die aus einem Klimaschutzabkommen austreten, und sollte diese entsprechend sanktionieren, damit andere Staaten einen Anreiz haben, weiterhin Teil des Klimaschutzabkommens zu bleiben.

Die Durchsetzung nachhaltiger Lösungen für ökologische Probleme wird nur möglich sein, indem technische und rechtliche Mittel zur Verfügung gestellt werden und gleichzeitig die Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie in Technologietransfer erhöht werden. Als Y20 fordern wir die Mitglieder der G20 zu Folgendem auf:

- **Abfallwirtschaft:** Entwicklung einer ganzheitlichen Strategie für die Abfallwirtschaft durch integriertes Abfallmanagement nach dem ISWM-Model (Integrated Solid Waste Management). Das bedeutet, dass Produkte bewusst so entwickelt und produziert werden, dass die Prozesse für Abfalltrennung, -transport und -verarbeitung effizienter gestaltet werden können, hin zu einer Kreislaufwirtschaft.
- **Landwirtschaft:** Unterstützung lokaler Lebensmittelerzeugung zur Förderung kleinbäuerlicher Strukturen, nachhaltiger Landbewirtschaftung, zum Beispiel durch Fruchtwechsel, sowie Bewässerungstechnologien und deren Umsetzung. Verringerung der Massenviehzucht und Konzentration auf die Lebensmittelherstellung zum direkten menschlichen Verzehr, um eine effizientere Landnutzung zu erreichen und gleichzeitig durch die Tierhaltung verursachte Emissionen zu senken.
- **Energie:** Entwicklung neuer Wege der Gewinnung, Speicherung und Nutzung erneuerbarer Energiequellen wie Bioabfall, Windkraft und Solarenergie. Darüber hinaus müssen vielfältige Möglichkeiten gefunden werden, um diese Entwicklungen in Produkte und Dienstleistungen zu integrieren und gleichzeitig die Entwicklung der entsprechenden Technologien in Entwicklungsländern zu unterstützen.
- **marktbasierte Lösungen:** Stärkung und Anwendung marktbasierter Lösungen für ökologische Probleme, wenn angemessen. Das Recht auf Umweltverschmutzung hat einen Preis. Der Kampf gegen den Klimawandel und die freie Marktwirtschaft lassen sich mit der Entwicklung effizienter, marktbasierter Klimaschutzlösungen vereinbaren, zum Beispiel in Form von Handelsmodellen, insbesondere für den Handel mit Emissionsrechten, Strafsteuern oder dem Entzug von Subventionen.¹⁰

Bewusstseinsbildung ist erforderlich, um einen verantwortungsvollen Konsum unserer endlichen natürlichen Ressourcen zu fördern. Der G20-Gipfel bietet die Möglichkeit, wichtige Initiativen zum Schutz der globalen öffentlichen Güter zu besprechen, denen sich dann die restliche Welt anschließen kann. Als Y20 fordern wir die Mitglieder der G20 zu Folgendem auf:

- **Bildung:** Schaffung und Förderung formaler und informeller Bildungsangebote, die zur ökologischen Bewusstseinsbildung in den jungen, beeinflussbaren Jahren beitragen, indem Informationen zu Klimawandel und Umweltschutz in die Lehrpläne integriert werden. Darüber hinaus sollten Informationen zu Klima und Energie im Internet und den sozialen

¹⁰ OECD (2017), *Investing in Climate, Investing in Growth*, OECD Publishing, Paris. DOI: <http://dx.doi.org/10.1787/9789264273528-en>

Medien zur Verfügung gestellt werden (als Quelle der Inspiration kann hier das „Climate Literacy and Energy Awareness Network“ dienen) und Grünanlagen in Bildungseinrichtungen geschaffen werden.

- **Teilhabe:** Die Einbeziehung von Jugendlichen sowie deren Bewusstseinsbildung über den Klimawandel und seine Auswirkungen kann gesteigert werden, indem auf nationaler und internationaler Ebene verschiedene Aktivitäten und Wettbewerbe organisiert werden. Die künftigen Generationen müssen eine Leidenschaft für den Planeten Erde entwickeln, um sich seinem Schutz zu verschreiben.
- **Kampagnen zur Bewusstseinsbildung:** Aufklärung zu Möglichkeiten, wie jeder einen Beitrag zum Kampf gegen den Klimawandel leisten kann, zum Beispiel durch die Erstellung von Kurzanleitungen sowie deren Verbreitung über die sozialen Medien und landesweite Kampagnen, damit die verschiedenen Gesellschaftsgruppen Teil des Wandels werden.

Die Agenda 2030

Aus Sicht der Jugend

Wir begrüßen die erneute Bekräftigung Ihrer Bereitschaft zur Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung im Kommuniqué des Gipfeltreffens von Hangzhou 2016¹¹ und sind der tiefen Überzeugung, dass der vorliegende **neue Sozialvertrag** bei der Maßnahmenplanung aller Mitglieder der G20, auch in ihrer Zusammenarbeit untereinander, eine führende Rolle einnehmen sollte. Alle Ziele sollten gleichermaßen eingehalten werden und sind miteinander verknüpft. Wir betonen die besondere Rolle der organisierten und nicht organisierten Jugend, nicht nur beim Prozess der Umsetzung, sondern auch bei dem der Überwachung, Überarbeitung und Auswertung der Agenda 2030. Besondere Aufmerksamkeit sollte der Bildung eines stärkeren Bewusstseins für die Agenda 2030 bei allen Menschen weltweit gewidmet werden. Wir teilen die Auffassung, dass die G20 ein Forum von größter Bedeutung für die Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung darstellen, welche unbedingt allen Ländern und Menschen nutzen sollen.

Teil I: Empfehlungen für die wirksame Umsetzung der Agenda 2030

Wir ersuchen die Mitglieder der G20 dringend:

- die lokale Zusammenarbeit mit Trägern und Akteuren der Zivilgesellschaft verstärkt zu verfolgen, damit die Agenda auf allen Regierungsebenen getreu dem unabdingbaren „Bottom-up“-Konzept umgesetzt wird;
- den Rahmen der Agenda in formale und non-formale Bildungssysteme einzubeziehen, beispielsweise durch Einbindung der Ziele für nachhaltige Entwicklung in Lehrpläne für Kinder, sowie durch Jugendbildungskurse und zivilgesellschaftliche Programme;
- die Wirksamkeit nationaler Ausschüsse und Gremien zu ermöglichen und zu gewährleisten (beispielsweise durch einen unabhängigen Rat für nachhaltige Entwicklung), wodurch die ganzheitliche Berücksichtigung der Agenda in Entscheidungsprozessen sichergestellt und spezielle mit den Zielen für nachhaltige Entwicklung zusammenhängende Disparitäten und Herausforderungen auf nationaler Ebene beleuchtet werden. Hierzu ist es von zentraler Bedeutung, dass diese Gremien jugendliche Mitglieder haben, z.B. als Ko-Autoren;
- erneut zu bekräftigen, dass die Kernfunktion des Hochrangigen Politischen Forums der UN in der offenen Überwachung und Überprüfung von Fortschritten besteht, sowie Best Practices und Herausforderungen zu teilen;

¹¹ Siehe Artikel 33 des Kommuniqués der Staats- und Regierungschefs des G20 Gipfeltreffens von Hangzhou 2016.

- bestehende Mechanismen für die Teilhabe der Jugend wie beispielsweise die Plattform „Major Groups and Other Stakeholders“ im Rahmen des Hochrangigen Politischen Forums für Nachhaltige Entwicklung zu stärken, und zwar u. a. durch zusätzliche Finanzmittel;
- offizielle UN-Jugenddelegierte zum Hochrangigen Politischen Forum der UN zuzulassen; Diese sollten auch mit transparent ausgewählten Jugendvertretern (beispielsweise aus nichtstaatlichen, unabhängigen, selbst organisierten Nationalen Jugendringen) zusammenarbeiten, um die Position der Jugend in allen Debatten des Forums vertreten zu können und ihr zugleich eine wirksame Rolle zuzusprechen;
- transparentere und wirksamere Finanzierungssysteme gemäß der Aktionsagenda von Addis Abeba über Entwicklungsfinanzierung¹² zu gewährleisten und sich umgehend dazu zu verpflichten, pro Jahr mindestens 0,7 Prozent des Gesamt-BIP eines Landes für die Entwicklungshilfe im Ausland aufzuwenden sowie sich dafür einzusetzen, diesen Beitrag auf mindestens 1 Prozent zu erhöhen;
- die jugendspezifische Analyse und Haushaltsplanung auf die Agenda der Mitgliedstaaten zu setzen sowie systematisch in Wachstumsstrategien und politische Handlungsrahmen zu integrieren. Dies muss auch eine verbesserte Erfassung von jugendspezifischen Daten zum Zwecke evidenzbasierter Politikgestaltung und Fortschrittsüberwachung umfassen;
- durch die Einrichtung von nationalen Indikatorrahmen transparente Überwachungssysteme für die Ziele für nachhaltige Entwicklung zu schaffen. Diese Indikatorrahmen kommunizieren klar und öffentlich den Fortschritt eines Landes in Bezug auf die Agenda 2030, beispielsweise durch eine Online-Plattform mit sowohl nationalen als auch globalen Datensätzen, die Informationen über den Stand der Umsetzung enthalten;
- parlamentarische Mechanismen (Kommissionen oder Ausschüsse) auf nationaler Ebene zu vereinfachen, die auf die Überprüfung der Ziele für nachhaltige Entwicklung ausgerichtet sind, sodass sichergestellt wird, dass alle neuen und bestehenden politischen Maßnahmen und Gesetze im Einklang mit dem Rahmen der Agenda sind;
- die Rolle der Arbeitsgruppe „Entwicklung“ innerhalb des G20-Rahmenentwurfs zu formalisieren.

Teil II: Empfehlungen zu spezifischen Zielen

Ohne eine Gewichtung der Ziele für nachhaltige Entwicklung vorzunehmen, bitten wir die G20, den beiden folgenden Zielen, die wir als bisher unzureichend behandelt betrachten, ihre Aufmerksamkeit zu widmen:

¹² Artikel 33 des Kommuniqués der Staats- und Regierungschefs des G20-Gipfeltreffens von Hangzhou 2016.

- Hinsichtlich **des 17. Ziels für nachhaltige Entwicklung („SDG 17“)**, dem zufolge „die Globale Partnerschaft [...] mit neuem Leben erfüll[t]“¹³ werden soll, erkennen wir, dass zur Erreichung der Agenda 2030 eine verstärkte Zusammenarbeit und Partnerschaft über die Grenzen der Mitglieder der G20 hinaus erforderlich ist. Auf internationaler und lokaler Ebene beinhaltet dies gemäß der Agenda 2030 kritische Partnerschaften mit am wenigsten entwickelten Ländern, auf nationaler Ebene mit dem privaten Sektor. Wir ersuchen die argentinische Präsidentschaft dringend, den während der deutschen Präsidentschaft durch die „Compact with Africa“-Initiative erreichten Fortschritt fortzuführen;
- Hinsichtlich **des 16. Ziels für nachhaltige Entwicklung („SDG 16“)**, dem zufolge alle Staaten aufgefordert sind, „rechenschaftspflichtige [...] Institutionen [...] aufzubauen“¹⁴, erkennen wir die Bedenken einiger junger Menschen in Bezug auf die G20 an und ersuchen die G20 dringend, ihre Aktivitäten auf wahrhaft offenen, transparenten und inklusiven Prozessen aufzubauen und so eine bessere Akzeptanz des Dialogs an sich zu fördern. Dies könnte beispielsweise erreicht werden, indem die Anzahl der Beobachterstaaten im Prozess erhöht wird oder indem die gesamte Agenda und alle diskutierten Punkte kommuniziert werden.

¹³ Transforming our World: The 2030 Agenda for Sustainable Development

¹⁴ a.a.O.

Stärkung von Frauen

Das Recht junger Frauen auf wirtschaftliche Stärkung und Teilhabe an Führungs- und Entscheidungspositionen

Die Gleichstellung der Geschlechter ist ein Menschenrecht, doch in unserer Welt besteht für junge Frauen und Mädchen anhaltend ungleicher Zugang zu Chancen und zur Entscheidungsmacht. Global betrachtet ist zwar das Geschlechtergefälle im Bildungs- und Gesundheitsbereich erheblich abgeflacht, im wirtschaftlichen und politischen Leben sind Frauen jedoch nach wie vor weitgehend unterrepräsentiert. Das Voranbringen der Menschenrechte, der wirtschaftlichen Stärkung und der politischen Teilhabe von jungen Frauen und Mädchen ist zur Erreichung der Gleichstellung der Geschlechter, Ausrottung von Armut und Förderung von inklusiver nachhaltiger Entwicklung von zentraler Bedeutung. Wir vertreten die Stimmen, Expertise, berechtigten Meinungen und Erfahrungen junger Menschen, beziehen uns auf das Ergebnispapier des *61. Jugendforums der Kommission für die Rechtsstellung der Frau*¹⁵ und legen den Staats- und Regierungschefs der G20 vor diesem Hintergrund unsere Empfehlungen zur Stärkung von Frauen vor.

Frauen laufen sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor, als Angestellte oder Unternehmerinnen, Gefahr, die besten beruflichen Chancen der Zukunft zu verpassen. Dies betrifft besonders die Bereiche der Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik (MINT). In Anerkennung der Tatsache, dass Bildung eine Schlüsselrolle für das Stärkung von Frauen spielt, empfehlen wir:

- die Schaffung von Berufsbildungsmöglichkeiten, damit junge Frauen leicht die beruflichen Fertigkeiten erlernen können, die sie für ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit benötigen;
- die Aufforderung an die Mitglieder der G20, dem Thema Bildung (insbesondere der Bildung junger Frauen und Mädchen) höchste Priorität einzuräumen, indem die Weltbank, regionale Entwicklungsbanken und Geber dazu aufgefordert werden, eine Internationale Finanzeinrichtung für die Bildung (IFFEd)¹⁶ zu schaffen, um bis 2020 jährlich mindestens 10 Mrd. US-Dollar – sowie bis 2030 mindestens 20 Mrd. US-Dollar – für neue und zusätzliche Ressourcen zu mobilisieren (eine Erhöhung von jährlich 3,5 Mrd. US-Dollar heute);
- die Schaffung von MINT-Stipendien und -Programmen ab der weiterführenden Schule bis zur Hochschule, einschließlich Anreizen für MINT-orientierte Einstiegsprogramme für Mädchen und Frauen;
- die Integration von Menschenrechten und geschlechtersensibler Bildung, sowie

¹⁵ <http://fesplanet.org/Youth%20CSW%20Forum%202017%20Declaration.pdf>

¹⁶ <http://educationcommission.org/wp-content/uploads/2017/03/IFFEd-Overview-4-17.pdf>

grundlegender Fertigkeiten für die wirtschaftliche Stärkung, einschließlich Mitarbeiterführung, Problemlösung, Finanzwissen, Selbsteinschätzung, digitale Bildung und unternehmerische Kompetenz, in den schulischen Lehrplan für Mädchen und Jungen¹⁷; sowie

- die Schaffung von Mentoring-Programmen zur Förderung von Frauen in der Phase des Berufseinstiegs – insbesondere in den Bereichen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind.

Weibliche Führung im politischen und wirtschaftlichen Leben ist für die Erreichung der Gleichstellung der Geschlechter von zentraler Bedeutung, doch Frauen sind sowohl in nationalen Parlamenten als auch in Führungspositionen stark unterrepräsentiert. Wir empfehlen:

- die Schaffung von Systemen, wie beispielsweise Quoten, für Führungspositionen in öffentlichen Verwaltungen und großen privaten und öffentlichen Unternehmen, um der politischen und wirtschaftlichen Teilhabe von Frauen Raum zu geben;
- die Schaffung, oder Verbesserung der Arbeitsweise, von nationalen Gremien, welche die Rolle von Frauen und Männern in Unternehmen auf allen Führungsebenen und allen Ebenen von Entscheidungsprozessen überwachen und darüber Bericht erstatten.

Wir erinnern an die Zusage der Staats- und Regierungschefs der G20 und betonen nochmals die Aufforderung des W20-Treffens in Deutschland¹⁸, das Gefälle der Erwerbsquote zwischen Männern und Frauen bis 2025 um 25 Prozent zu verringern,¹⁹ erkennen an, dass bei gemeinsamer Betrachtung bezahlter und unbezahlter Fürsorgearbeit die Arbeitszeiten von Frauen umfangreicher sind als die von Männern und empfehlen:

- eine bessere Unterstützung junger Frauen und Männer zur besseren Vereinbarkeit von beruflichen und familiären Verpflichtungen durch integrierte politische Maßnahmen von Kinderbetreuungseinrichtungen über Kinderbetreuungszuschüsse bis hin zu Elternzeitmodellen, die Männer befähigen und anregen, sich zunehmend mehr an der Fürsorge- und Familienarbeit zu beteiligen;
- die Förderung flexibler Arbeitsregelungen, wobei gleichzeitig für angemessene soziale Sicherungsmaßnahmen und Sozialleistungen gesorgt sein muss, mit dem Ziel, die Erwerbstätigkeit von Frauen zu erhöhen; sowie
- die Ermöglichung des Zugangs zu und der Verwaltung der eigenen Finanzen, Bankkonten und Kreditvergabe für Frauen durch Gesetzesreformen und öffentlich-private Partnerschaften.

¹⁷ CSW58 *Agreed Conclusions*, E/CN.6/2014/L.7, Abschnitt A, Absatz (u).

¹⁸ Communiqué des Women20 Germany 2017 vom April 2017, http://www.w20-germany.org/fileadmin/user_upload/documents/W20_Communique_Final.pdf.

¹⁹ Communiqué der Staats- und Regierungschefs der G20 anlässlich des Gipfeltreffens von Brisbane 2014, http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/G20-Dokumente/2014-Australien-Abschlusserklaerung.pdf?__blob=publicationFile&v=1.

Das Lohngefälle zwischen Männern und Frauen besteht länderübergreifend fort, weil die Arbeit von Frauen unterbewertet wird und Frauen im Niedriglohnssektor in der Regel überrepräsentiert sind. Bei nichtweißen Frauen, Migrantinnen und Müttern ist das Gefälle sogar noch größer.

Angesichts des andauernden großen Gender Pay Gap sind wir beunruhigt und empfehlen:

- die Schaffung und Stärkung von Gesetzen für nichtdiskriminierende Einstellungspraktiken, durch die gleiche Arbeit gleich entlohnt wird;
- die Erhöhung der Erwerbstätigkeit und des Nettoeinkommens junger Frauen und Männer, insbesondere junger Eltern, durch Steuervergünstigungen und Zuschüsse; sowie
- das Verfechten von politischen Maßnahmen mit dem Ziel, den Anteil junger Frauen an Führungsrollen, insbesondere im von Mindestlohnvorschriften und Tarifverträgen oft unzureichend abgedeckten Niedriglohnssektor, zu erhöhen.

Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist ein schwerwiegender Verstoß gegen die Menschenrechte. Ihre Auswirkungen können unmittelbar bis langfristig sein und beinhalten körperliche, sexuelle und psychische Folgen für Frauen und Mädchen – die in einigen Fällen zum Tod führen. Wir empfehlen:

- die Schaffung von Gesetzen zur Unterstützung von Frauen, die häuslichen Missbrauch, Menschenhandel und erzwungene Prostitution erleiden;
- die Ergreifung aller Maßnahmen, die für den Schutz vor jeglicher Form von Gewalt und Belästigung aufgrund von sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität erforderlich sind;²⁰
- die Bereitstellung von Gesundheits- und Justizsystemen für junge Frauen und Mädchen, die von geschlechtsbezogener und sexueller Gewalt betroffen sind, einschließlich Kindern, die aus einer Vergewaltigung entstanden sind;
- die Sicherstellung von universellem Zugang zu einer Reihe von Dienstleistungen zur sexuellen und reproduktiven Gesundheit, einschließlich sicherer und wirksamer Verhütungsmittel, der Gesundheitsversorgung für Mütter, sicherer und legaler Abtreibung und damit verbundener Nachsorge ohne Zwang, Diskriminierung und Gewalt;²¹
- die Durchsetzung harter Strafen für Gewalt gegen Frauen, wobei sicherzustellen ist, dass Frauen durch Strafverfolgungsbehörden keine übermäßigen Beeinträchtigungen und Belästigungen erfahren; sowie
- die Interaktion mit bereits sehr jungen Männern und Jungen mit dem Ziel, sich solidarisch gegen geschlechtsbezogene Gewalt zu stellen.

²⁰ Siehe Yogyakarta-Prinzipien, Artikel 5A,
http://www.glen.ie/attachments/The_Yogyakarta_Principles.pdf.

²¹ Siehe Kommission für die Rechtstellung der Frau 58 (2014), *Agreed Conclusion*, Absatz 42(o).

Geflüchtete und Asylsuchende

Aus Sicht der Jugend

Die Welt sieht sich der größten humanitären Krise seit dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs gegenüber.²² Mehr als ein Dutzend Konflikte sind in den letzten Jahren in verschiedenen Regionen der Erde, einschließlich Syrien, Irak, Südsudan und der Ukraine, ausgebrochen, wodurch viele Menschen gezwungen waren, aus ihrer Heimat zu fliehen. Laut dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) ist inzwischen jeder 113. Mensch weltweit entweder geflüchtet, binnenvorvertrieben oder asylsuchend.²³ Weltweit ist jede/-r zweite Geflüchtete ein Kind.²⁴

Wir erkennen an, dass Probleme bestehen, mit denen Migranten/-innen weltweit zu kämpfen haben. Der Kontext der folgenden Empfehlungen betrifft jedoch hauptsächlich Geflüchtete und Asylsuchende. Laut UNHCR werden Belange von Migranten/-innen von nationalen Einwanderungsgesetzen und -prozessen geregelt, wohingegen Geflüchtete und Asylsuchende sowohl unter nationales Recht als auch unter das Völkerrecht fallen.

Wenn Kinder und junge Menschen Gewalt und Krieg ausgesetzt sind, werden sie in ihrer kulturellen, intellektuellen, körperlichen, psychischen und sozialen Entwicklung geschädigt. Kinder und Jugendliche leiden nicht nur unter dem, was ihnen geschieht, sondern auch unter dem, was ihnen genommen wird (beispielsweise das Recht auf Bildung).

Vorbeugende Maßnahmen

Konflikte und Kriege sind die Hauptauslöser für Migration. In anderen Fällen sind fehlende Zukunftsperspektiven, die Zerstörung natürlicher Ressourcen sowie die Auswirkungen des Klimawandels maßgeblich für die Entscheidung zur Migration. Wir fordern die Staats- und Regierungschefs der G20 sowie die verantwortlichen Organisationen und Institutionen dazu auf:

- zur Wahrung des Friedens die Resolution 2250 des UN-Sicherheitsrats zu Jugend, Frieden und Sicherheit zu stärken und in vollem Umfang umzusetzen;
- die Bestrebungen in Richtung einer nachhaltigeren Politik, wie sie im Übereinkommen von Paris und in der Agenda 2030 hervorgehoben wird, fortzuführen; sowie

²² http://ec.europa.eu/echo/files/aid/countries/factsheets/syria_en.pdf

²³ <http://www.unhcr.org/afr/news/latest/2016/6/5763b65a4/global-forced-displacement-hits-record-high.html>

²⁴ <http://fra.europa.eu/en/news/2015/migrant-situation-eu-takes-heavy-toll-children>

- die Koordinierung nationaler und internationaler Strategien zur wirtschaftlichen und institutionellen Zusammenarbeit zwischen fragilen Staaten auf der Grundlage eines gerechten und billigen Austauschs zu verbessern.

Internationale Standards und Menschenrechte

Die derzeit bestehenden rechtlichen Rahmen ermöglichen oft keine hinreichende Sicherung der Einhaltung der Menschenrechte von Geflüchteten und Asylsuchenden. Wir fordern die Staats- und Regierungschefs der G20 sowie die verantwortlichen Institutionen dazu auf:

- den Status von Klimageflüchteten zu definieren und Maßnahmen zu ihrem Schutz zu entwickeln;
- Organisationen der Zivilgesellschaft und Jugendorganisationen bei der Überwachung der Einhaltung von Menschenrechten zu unterstützen;
- G20-Richtlinien für gerechte und angemessene Asylverfahren zu definieren, beispielsweise durch das Führen von Befragungen in der Muttersprache der Antragstellenden und zeitliche Beschränkung der Befragungen auf eine angemessene Länge;
- legale Wege zu schaffen, über die Asylsuchenden eine sichere Reise und das Recht auf Asyl gewährleistet werden, beispielsweise in Botschaften und Konsulaten;
- einen Mechanismus innerhalb der Mitglieder der G20 zu entwickeln, durch den die Verantwortung bei der Zuteilung von Geflüchteten geteilt oder angemessene Unterstützung geleistet werden können.

Die Rolle von Jugendlichen und Jugendorganisationen

Jugendliche tragen in erheblichem Maße zur Verbesserung einer inklusiven Gesellschaft für alle jungen Geflüchteten bei; die Stärkung der Jugend führt zu einer aktiveren Bürgerschaft. Wir fordern die Staats- und Regierungschefs der G20 sowie die verantwortlichen Institutionen dazu auf:

- die Arbeit von Jugendorganisationen im Zusammenhang mit der Aufnahme und Inklusion junger Geflüchteter in der bzw. an die Gesellschaft anzuerkennen; ausreichend Ressourcen zu mobilisieren und dabei sicherzustellen, dass die von jungen Geflüchteten und Asylsuchenden erworbenen Fertigkeiten anerkannt werden; sowie
- die Zusammenarbeit mit Jugendorganisationen mit dem Ziel zu fördern, die Menschenrechte und den interkulturellen Dialog auf die schulischen Lehrpläne zu bringen.

Inklusion und Nichtdiskriminierung

Inklusion bedeutet Chancengleichheit ohne jegliche Form von Diskriminierung hinsichtlich der Teilhabe an Schlüsselbereichen des sozialen Lebens für alle Menschen. Politische Maßnahmen in diesem Bereich sollten einem ganzheitlichen und übergreifenden Ansatz folgen, um die langfristige Selbstbestimmtheit junger Asylsuchender und Geflüchteter zu fördern. Wir fordern die Staats- und Regierungschefs der G20 sowie die verantwortlichen Institutionen dazu auf:

- das Recht auf inklusive und qualitativ hochwertige Bildung durch Sprachkurse während des Asylverfahrens zu sichern;
- nach maximal einem Jahr laufenden Asylverfahrens den Zugang zum Arbeitsmarkt und zu qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen zu gewähren und so die sozio-ökonomische Inklusion durch die Ausbildung am Arbeitsplatz zu erleichtern;
- sicherzustellen, dass Asylsuchende und Geflüchtete Zugang zu Dienstleistungen für ihr Wohlbefinden haben, einschließlich solcher für psychische Gesundheit, damit sie in der Verarbeitung vergangener Traumata unterstützt werden.

Terrorismusbekämpfung

Die internationale Gemeinschaft sieht sich zunehmend durch die Ausbreitung von Terrorismus bedroht. Auch Jugendliche sind wachsender Angst und Unsicherheit zum Opfer gefallen. Angesichts der grenzübergreifenden Problematik kann nur durch lokale, nationale und globale Zusammenarbeit eine effektive, erfolgreiche Reaktion erzielt werden.

Im Kampf gegen den Terrorismus sieht sich die internationale Gemeinschaft mit einer Vielzahl komplexer Herausforderungen konfrontiert. Dazu zählen fehlende Effektivität der politischen Bildung für die Weltgesellschaft (Global Citizenship Education) in nationalen Lehrplänen, mangelnde politische Zusammenarbeit, unzureichender internationaler Informationsaustausch, sowie die Gefahr der Isolierung als Schritt in Richtung Radikalisierung und Terrorismus.

Das Ziel politischer Bildung für die Weltgesellschaft ist Lernenden zu ermöglichen, eine aktive Rolle in der Konfrontation und Bewältigung globaler Herausforderungen einzunehmen und von sich aus einen Beitrag zu einer friedlicheren, toleranteren und sichereren Welt für alle zu leisten. Laut UNESCO haben zwar 86 Prozent der Staaten politische Bildung für die Weltgesellschaft in ihren Lehrplänen verankert, jedoch nur 46 Prozent messen die Effektivität. Ohne solche Messungen vergeben Regierungen eine Chance, Lehrpläne zu verbessern und Effektivität sicherzustellen.

Zahlreiche terroristische Organisationen arbeiten grenzübergreifend, betreiben Fund Raising, verfügen über Ausbildungslager und Kanäle zur Verbreitung von Propaganda und Verherrlichung ihrer heimtückischen Anschläge im Ausland. Aufgrund fehlender strafrechtlicher Zusammenarbeit und mangelndem Informationsaustausch zwischen Regierungen können Terroristen, Berater und Unterstützer sich der Justiz entziehen, sich frei bewegen und ihre weltweite Rekrutierung vorantreiben.

Als Delegierte des Y20-Gipfels rufen wir Regierungen dazu auf, die Zivilgesellschaft effektiv einzubinden und ihr die Möglichkeit zu geben, Teil der Lösung im Kampf gegen sich ausbreitende Radikalisierung und Terrorismus zu sein. Die Regierungen der Mitglieder der G20 müssen effizienter im Gespräch mit der Zivilgesellschaft werden. Unser Vorschlag ist der Aufbau einer digitalen Plattform, die einen produktiven Austausch zwischen Regierungen, Kommunen und einzelnen Akteuren ermöglicht. Diese digitale Plattform wird Kommunen zusammen bringen und ihnen so die Möglichkeit geben, eine aktive Rolle im Kampf gegen Radikalisierung und Terrorismus zu spielen. Die digitale Plattform wird aus einer Webseite und einer App mit folgenden Bereichen bestehen:

- **Öffentliche Information:** Aufklärung über Terrorismus, Information über verschiedene Formen von Terrorismus, Benachrichtigung über regionale terroristische Bedrohung, Sicherheitsmaßnahmen nach und während einer Bedrohungslage, Identifikation potenzieller Terrorgefahren, Meldung potenzieller Radikalisierung, etc.;
- **Gesellschaftliches Engagement:** Schaffung von Gelegenheiten für Kommunen zusammen zu kommen (z. B. Informationen über örtliche Organisationen, die Einheit in Kommunen fördern und zu zivilgesellschaftlichem Engagement in der Kommune);
- **Datenbanken:** Umfragen unter Bürgern/-innen zu Effektivität von Regierungsmaßnahmen angesichts terroristischer Bedrohung, Sicherheitswahrnehmung eines Landes, Toleranz in der Kommune und andere für Regierungen nützliche Informationen;
- **Sicherheitsmaßnahmen:** Strenge Identifizierung und Authentifizierung zur Gewährleistung von Sicherheit und Echtheit der Informationen auf der digitalen Plattform und der von öffentlichen Usern/-innen gesammelten Daten;
- **Anreize:** Zur Förderung der Nutzung und Bekanntheit der digitalen Plattform empfehlen wir Regierungen die Schaffung von Anreizen. Dies könnte in der Form von öffentlicher Anerkennung der Arbeit und Vorteilen bei der Bewerbung für internationale Programme und Stipendien erfolgen; und
- **Standardisierung:** Die Anwendung sollte in allen Ländern ähnlich sein. Informationen sollten von den jeweiligen Staaten lokalisiert und gepflegt werden.

Wir glauben, dass diese digitale Plattform Regierungen letztendlich die Möglichkeit zur Erreichung von drei Hauptzielen gibt: Verbreitung wichtiger Informationen, die Bürgern/-innen zur aktiven Teilhabe im Kampf gegen Terrorismus befähigen; eine skalierbare und effektive Methode zur Datenerhebung, die zur weltweiten Terrorismusbekämpfung genutzt werden kann; und Chancen für Menschen stärkere, offenere, tolerantere und weltbürgerlichere Kommunen aufzubauen. Die digitale Plattform kann jedoch nur ihre Ziele erfüllen, wenn alle Mitgliedsstaaten vollständig mitarbeiten.

Korruptionsbekämpfung

Eine anhaltende Herausforderung

Korruptionsbekämpfung ist weltweit eine andauernde Herausforderung. Korruption schöpft Geld ab, das für gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung genutzt werden könnte. Jüngste Schätzungen besagen, dass alleine der jährliche Verlust durch Bestechung ca. 2 Prozent des globalen BIP entspricht.²⁵ Wuchernde Korruption verschärft Ungleichheit, Polarisierung und Kriminalität und untergräbt die Glaubwürdigkeit von Institutionen. Dies kann zu einer sinkenden politischen Teilhabe bei Jugendlichen führen, was einen Teufelskreis schafft, der Vertrauen in Regierungsführungsmechanismen aushöhlt.

Daher begrüßen wir die fortwährenden G20-Diskussionen zu diesem Thema, sowie die Berücksichtigung der Zusage zur Korruptionsbekämpfung unter Ziel 16 der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Es handelt sich um wichtige Bemühungen, die aufrecht gehalten, umgesetzt und überwacht werden müssen. Zur Stärkung dieser Arbeit befürworten wir ein Handeln der G20 in folgenden Bereichen:

Gesellschaftliches Engagement

Fehlendes Wissen über Partizipations- und Entscheidungsmechanismen verursacht Informationslücken und fördert Korruptionsausbreitung. Verbesserung von Wissen über bestehende Mechanismen der politischen Teilhabe kann ein bürgerliches Pflichtgefühl stärken, öffentliche und private Akteure zur Verantwortung zu ziehen. Jugendzentrierte Politik kann helfen bürgerliches Engagement schon in jungen Jahren zu fördern. Der G20-Aktionsplan zur Korruptionsbekämpfung (ACAP) 2017-2018 berücksichtigt diese Punkte nicht. Daher ersuchen wir die Mitglieder der G20 um Folgendes:

- eine Integration oder Stärkung gesellschaftlicher Bildungselemente in nationalen Lehrplänen durch Nutzung technologischer Möglichkeiten und Einbeziehung relevanter Partner;
- eine Schaffung oder Stärkung von Plattformen, die Jugendlichen ermöglichen, Politik und Rechenschaftspflicht auf allen Regierungsebenen kennenzulernen und an ihnen teilzuhaben.

²⁵ Diese Schätzung für 2015 ist eine Hochrechnung Daniel Kaufmanns basierend auf seiner früheren Schätzung von 1,1 Bio.US-Dollar in Kaufmann (2005), zitiert durch IMF Staff Discussion Note, Corruption: Costs and Mitigating Strategies (2016).

Transparenz

Wir glauben, dass Transparenz ein Pfeiler guter Regierungsführung und ein unabkömmliches Werkzeug in der Korruptionsbekämpfung ist. Fehlende Informationen zu Regierungs- und Geschäftspraktiken behindern effektive Rechenschaftsablegung.

Der G20-Aktionsplan hat zwar Ziele in diesem Bereich definiert, aber unserer Meinung nach sollten weitere Elemente zur Transparenzverbesserung berücksichtigt werden. Daher schlagen wir den G20-Staaten Folgendes vor:

- Sicherstellung, dass Information zu Regierungspraktiken, einschließlich Transaktionen mit dem Privatsektor, auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene strukturiert in Online-Datenbanken öffentlich verfügbar sind;
- die Schaffung öffentlicher Online-Länderdatenbanken, die korrupte Individuen und Organisationen auflisten.

Systematische Überwachung

Die Mitglieder der G20 haben sich auf eine Reihe hochrangiger Korruptionsgrundsätze verständigt. Des Weiteren wurde eine Arbeitsgruppe zur Korruptionsbekämpfung (ACWG), die zweijährigen Aktionsplänen folgt, gegründet. Die ACWG hat die Aufgabe, die Umsetzung der Aktionspläne zu überprüfen. Öffentliche Informationen zu diesem Thema sind jedoch auf Webseiten der unterschiedlichen G20-Präsidentschaften und einzelnen Partnerorganisation verteilt. Zur Sicherstellung einer systematischen Überwachung der Zusagen der G20-Mitglieder zum Thema Korruptionsbekämpfung schlagen wir Folgendes vor:

- Die Zentralisierung aller Informationen zum Thema Korruption im G20-Rahmen in einem einzigen Portal, einschließlich:
 - Ergebnisse aller G20-Gipfel zu Korruption;
 - ACWG-Berichte zum Fortschritt der Aktionspläne;
 - Partnerberichte.
- Die Umsetzung der Aktionspläne zur Korruptionsbekämpfung sollte einem Peer Review unterliegen.
- Der Status der von den Mitgliedern der G20 abgegebenen Zusagen zu den Aktionsplänen zur Korruptionsbekämpfung sollte regelmäßig und nicht nur während der Berichtsfertigstellung aktualisiert werden.

Gesundheit und Wohlbefinden

Wir erkennen Gesundheit als grundlegendes, universelles Menschenrecht an. Insbesondere betonen wir die Notwendigkeit für eine allgemeine Gesundheitsabsicherung (universal health coverage) zur Erfüllung dieses Rechts. Wir erkennen die finanziellen Vorteile von Investitionen in ein nachhaltiges Gesundheitssystem und in Personal im Gesundheitswesen an. Gleichzeitig unterstreichen wir die Notwendigkeit für eine Berücksichtigung der Gesundheitsdeterminanten wie Wirtschaft, Regierungsführung, Handelsfaktoren und soziale Absicherung. Ein Ressort übergreifender gesundheitspolitischer Ansatz ist notwendig. Daher begrüßen wir die Einbeziehung des G20-Gesundheitsministertreffens in den diesjährigen G20-Prozess aufs Wärmste und hoffen auf eine Fortführung dieser Tradition. Gesundheit und Wohlbefinden ist ein holistisches Thema und wir möchten die Bedeutung der Belastung, einschließlich der psychischen Gesundheit, für Jugendliche hervorzuheben. Schließlich werden junge Menschen sowohl heute, als auch zukünftig von Gesundheitsthemen beeinflusst. Daher sollte ihnen eine Stimme bei der Gestaltung einer gesunden Zukunft gegeben werden.

Zugang zu Gesundheitsversorgung und allgemeiner Gesundheitsabsicherung

Zugang zu Gesundheitsversorgung ist entscheidend und allgemeine Gesundheitsabsicherung ist eines der Ziele der Agenda 2030. Ein verbesserter Zugang zu Gesundheitsversorgung ist die Grundlage für wirtschaftlichen Wohlstand und Sicherheit. Dies schließt alle Menschen ein. Daher empfehlen wir:

- Einen Zugang zu Gesundheitsversorgung durch Entkopplung von Gesundheitsdienstleistungen und einerseits dem sozio-ökonomischen Status (z. B. Reduzierung von Zahlungen aus eigener Tasche) und andererseits dem rechtlichen Status (z. B. Migrantenstatus, Beschäftigung und Unterbringung);
- eine Anerkennung sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechte als essentiellen Teil eines allgemeinen Gesundheitsabsicherungsrahmens; und
- eine Ausrichtung der G20-Staaten an den Empfehlungen der hochrangigen Kommission für Beschäftigung im Gesundheitswesen und Wirtschaftswachstum und eine Implementierung von Richtlinien für ethisches Vorgehen bei der Einstellung von Personal im Gesundheitswesen zur Vermeidung einer Verschärfung von Gesundheitskrisen in anderen Ländern.

Gesundheit und Wirtschaft

Wir erkennen an, dass Wirtschaftsstrukturen, Handelsabkommen, Handelsinteressen und Verordnungen im Privatsektor einen bedeutenden Einfluss auf die Gesundheit haben und wir fordern die G20-Mitglieder daher auf, alles zur Verbesserung und zum Schutz der Gesundheit in diesem Zusammenhang zu unternehmen, insbesondere folgende Punkte:

- eine Umsetzung der Empfehlungen der hochrangigen UN-Gruppe für den Zugang zu Medikamenten und der *Lancet Youth Commission on Essential Medicines Policies*, sowie die Sicherstellung von funktionierenden TRIPS-Flexibilitätsmechanismen (TRIPS = Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums) für Zugang zu essentiellen Medikamenten;
- die Sicherstellung, dass Handelsabkommen Gesundheit und Umwelt gegenüber Handelsinteressen priorisieren, fördern und schützen, sowie die Sicherstellung, dass Handelsabkommen keinesfalls die Regierungskompetenz zum Schutz der Interessen des öffentlichen Gesundheitswesens einschränken können, einschließlich Beschränkungen durch Schlichtungen zwischen Investoren und Staaten oder anderen Investitionsschutzmechanismen;
- eine Beeinflussung von Handelsdeterminanten der Gesundheit durch Verordnungen zu schädlichen oder ungesunden Produkten, Schaffung von Anreizen für gesundes Leben und Umsetzung des Rahmenübereinkommens der WHO zur Eindämmung des Tabakgebrauchs; und
- eine Bekräftigung der essentiellen Rolle von Regierungen bei der Bereitstellung von Gesundheitsdienstleistungen und Vermeidung von Abhängigkeiten von öffentlich-privatwirtschaftlichen Partnerschaften in diesem Bereich.

Globale Gesundheitspolitik

Internationale Krisen im öffentlichen Gesundheitswesen haben gezeigt, dass Gesundheitssysteme nicht vorbereitet sind. Daher müssen wir ein resilientes Gesundheitswesen aufbauen, globale Gesundheitspolitik und -verantwortung stärken. Aus diesem Grund fordern wir die Mitglieder der G20 zu Folgendem auf:

- die Bestätigung und Stärkung der Rolle der Weltgesundheitsorganisation (WHO) durch Sicherstellung angemessener Finanzierung sowie Unterstützung der vorgeschlagenen Beitragserhöhung um 10 Prozent;
- die Zusage einer größeren, internationalen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern der G20 bei Ausbrüchen oder anderen Gesundheitskrisen, einschließlich der Schaffung von Kapazitäten für die Umsetzung von internationalen Gesundheitsvorschriften;
- die Implementierung einer effektiven Geberstrategie zur Stärkung von Gesundheitssystemen in Entwicklungsländern durch ein Abrücken von einer zu großen Abhängigkeit von vertikalen Finanzierungsmodellen und hin zu breit aufgestellten Investitionsmodellen, die lokale Institutionen stärken und Ländern ermöglichen, durch nachhaltiges Handeln die Bevölkerungsgesundheit langfristig zu verbessern;
- eine Sicherstellung größerer Verantwortlichkeit durch Vereinheitlichung der verschiedenen Berichterstattungsmechanismen der WHO;

- eine Bekräftigung der öffentlichen Entwicklungshilfe durch Zusage von 0,1 Prozent des BNE für Gesundheit, gemäß der Empfehlung der WHO-Kommission zu Makroökonomie und Gesundheit (CMH); und
- eine Anerkennung der Zentralität von Gesundheit für das Erreichen der Agenda 2030 durch die Zusage von G20-Gesundheitsministertreffen unter der argentinischen Präsidentschaft und darüber hinaus.

Verbesserung der Lebensqualität

Mehr als eine Milliarde Menschen lebt mit einer Behinderung oder einer chronischen Erkrankung und ca. 200 Millionen davon sind jung. Diese Menschen werden häufig Opfer von Stigmatisierung und Diskriminierung. Weltweit hätte die Hälfte aller Behinderungen durch einen guten Zugang zu angemessener Gesundheitsversorgung, einschließlich früher Intervention und Prävention, verhindert werden können. Daher empfehlen wir den Mitgliedern der G20:

- eine Zusicherung, dass alle Menschen mit Behinderung auf Grundlage von Chancengleichheit, inklusiver und barrierefreier Bildungssysteme und bedeutsamer Arbeit auf allen Ebenen das Recht auf Bildung und Arbeit ohne Diskriminierung erhalten. Förderung der Umsetzung des Rechts auf Bildung durch gesetzliche Verewigung;
- eine Ausweitung des rechtlichen Schutzes für Menschen mit Behinderung oder chronischer Erkrankung;
- die Sicherstellung, dass Gesundheitsversorgung und andere Dienste für das Wohlbefinden für Menschen mit Behinderung auf ihr Alter und ihre Bedürfnisse zugeschnitten sind. Das Recht auf Mitbestimmung über ihr Leben sollte dabei eine große Rolle spielen;
- die Förderung sozialer Politik, die psychischer Gesundheit und Wohlbefinden zuträglich ist und die Schaffung von Programmen für frühe Intervention.

Teilnehmende des Y20-Dialogs

Samuel Akinsola, Selman Aksünger, Norah Y. Alajaji, Fahad A. Al-Thenayyan, Julia Amerikaner, Sandra Morrell Andrews, Carina Autengruber, Anna Barker, Jerónimo Batista Bucher, Jonas Bausch, Loïc Bisson, Jasmin Burgermeister, Laura Cifuentes Franco, Alice Claeson, Corrado Cok, Jackson Dougan, Lucy Fagan, Melvin Hade, Daniela Hall Lagunes, Sophie Hammer, Alexander Yao Guang Han, Wanling He, Emmeli Hedvald, Rupert Sebastian Heindl, Tien Hoang, Marianna Karttunen, Tegan Keizer, Seonkyung Kim, Benjamin Kingshott, Gizem Korun, Marianna Landim Barboza, Clara Latini, Ivo Leijten, Jason Liddell, Camilla Lyngen, Saket Mani, Zaka Diana Mawoko, Ewan McCall, Tumelo Monare, Pegah Moulana, Angelica Munoz, Alena Nikolaeva, Patrick Ochiba, Samuel Oliveira, Kristóf Papp, Coco Peet, Kelebogile Pega, Nicol Perez, Stela Rubinová, Aditi Rungta, Sherley Mega Sandiori, Lena Sophie Simosek, Sailesh Sushila Sunil Singhal, Stephanie Siow, Ana Esther Solano Martín, Ekaterina Sorokova, Camilo Soto Crespo, Yuri Szabo Yamashita, Ririka Takahashi, Pengru Tan, Tanguy Vaast, Zuzana Vanecková, Johannes Wagner, Masahiro Watanabe, Amélie Werdmüller, Kelly Williamson, Hyunsu Yoo, Xueying Zhang.